

-- DOKUMENTATION -- DOKUMENTATION

N E O F A S C H I S M U S

1 9 8 8

i n L Ü N E B U R G

Dokumentation -- Dokumentation --



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

VVN

Bund der Antifaschisten

Kreisvereinigung Lüneburg
Postfach 1711, 2120 Lüneburg



Die NPD kündigte diese Veranstaltung nur "intern" an, trotzdem wurde sie durch antifaschistischen Protest verhindert. Die NPD erhielt dabei in zwei Gaststätten Hausverbot. Skinheads marschierten demonstrativ als Saalschutz auf, auch bei späteren Versuchen öffentliche Veranstaltungen durchzuführen bediente sich die NPD der Skins als "Ordner".

aus: „Deutsche Stimme“
NPD-KV Lüneburg
Samstag, den 17. 10. 1988, 20 Uhr. Es spricht Karl-Heinz Vorschatz, der Chefredakteur der „DS“ in der Gaststätte „Halvesleben“ (Keglerheim) in Lüneburg.

Wi
an
Di

K
w
er
n

Nazis raus!

Die NPD plant in Lüneburg nach langer Pause eine öffentliche Veranstaltung. Am 17.10. um 20Uhr soll der Chefredakteur der "Deutschen Stimme" im Keglerheim Halvesleben referieren. Seit mehr als drei Jahren hat die NPD in Lüneburg keine öffentliche Veranstaltung durchgeführt, doch kurz vor dem 50.Jahrestag der "Reichsprogromnacht" plant sie ihre nationalistischen, ausländerfeindlichen und revanchistischen Hetzparolen wieder in unserer Stadt zu verbreiten. Mit Blick auf die Europawahl 1989 versuchen die reaktionärsten und neofaschistischen Kräfte sich auf die Kandidatur einer "Liste D" zu einigen, mit der sie bereits bei der Bremer Bürgerschaftswahl arlamierende Erfolge erzielten. Die NPD als einflußreichste Kraft im rechtsextremen Lager, versucht ein Nazi-Image zu vermeiden, doch personelle Verbindungen und programmatische Anknüpfungspunkte sind offensichtlich. Machen wir deutlich, daß Lüneburg kein Ort für Nazi-Propaganda sein soll
Treff: Montag 17.10. 19.30 Uhr
Gaststätte Halvesleben
Vor dem Roten Tore 72a,



NPD-Anzeige in der Landeszeitung nach der geplatzten Veranstaltung

aus der Presseerklärung der VVN

Antifaschisten protestieren

Gegen die Durchführung einer Propagandaveranstaltung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) protestiert die Lüneburger Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes. Es ist geplant, daß am heutigen Montag um 20.00 Uhr der Chefredakteur der NPD-Zeitung "Deutsche Stimme" in der Gaststätte Halvesleben einen öffentlichen Vortrag hält. "Es darf nicht angehen, daß heute wieder - noch dazu kurz vor dem 50. Jahrestag der Nazi-"Kristallnacht" - nationalistische und gegen Minderheiten gerichtete, ausländerfeindliche Ideologien öffentlich verbreitet werden dürfen", erklärte die Vereinigung der Nazi-Verfolgten und wies gegenüber dem Wirt des Vereinslokals darauf hin, daß der Rat der Stadt bereits ~~kommunale Räumlichkeiten~~ die Bereitstellung den Rechtsextremisten ~~kommunale Räumlichkeiten~~ verweigert habe. Die VVN kündigte weitere Proteste an.

NPD Trotz linken Protests gegen die NPD-Versammlung am 17.10.88 in Lüneburg wurde die Versammlung gegen 21 Uhr mit dem Chefredakteur der (D. St.) und Mitglied des Präsidiums der NPD, K.H. Vorschatz, Bremen, in einer gutbesuchten Versammlung im Ersatz-Lokal durchgeführt.
Thema: „NPD und DVU ins Europaparlament“
Nun erst recht NPD.
NPD-Kreisverband Lüneburg
gez. H. Förster, Kreisvorsitzender
Postfach 1871, 2120 Lüneburg
Spenden-Konto: Postsch.amt HH 2026 15-207

Nazis raus!

Seit mehr als drei Jahren hat die NPD in Lüneburg keine öffentliche Veranstaltung mehr durchführen können, doch kurz vor dem 50. Jahrestag der "Reichspogromnacht" versucht sie ihre nationalistischen, ausländerfeindlichen und revanchistischen Hetzparolen wieder zu verbreiten.

Am 17.10. konnte eine NPD-Veranstaltung in Lüneburg verhindert werden, jetzt versuchen die Neonazis in den Landkreis auszuweichen. Gerade so kurz vor dem 50. Jahrestag der "Reichspogromnacht" muß neofaschistische Propaganda durch entschiedenen Protest beantwortet werden.



Heute
3.11.

18.30 Uhr, Bahnhof Lüneburg
Abfahrt mit PKW nach Oldendorf
19.00 Uhr am Gasthaus "Zum
Göhrde Tor"

NPD Bauernprotestversammlung

Heute

Heute

am Donnerstag, dem 3. November 1988, um 19.30 Uhr
Gasthaus „Zum Göhrde-Tor“, Oldendorf/Nahrendorf

Es spricht Karl Feitenhansel, München
NPD-Agrarexperte im Parteivorstand

Kreisverband Lüneburg

gez. H. Förster
Kreisvorsitzender
Postfach 1871, 2120 Lüneburg

aus:
Landeszeitung
v. 3.11.88

Die "Bauernprotestversammlung" fand wegen des sofort organisierten Protests vor weniger als 10 Zuhörern statt.

ELBE-JEETZEL-ZEITUNG Dienstag, 1. November 1988



Bauern- Protestversammlung

Mittwoch, den 2. November 1988, um
19.30 Uhr in Groß Heide/Jameln

Gasthaus Schulz

gez. Förster

NPD Kreisverband

Lüneburg/Lüchow-Dannenberg

Postfach 18 71

2120 Lüneburg

aus: Elbe-Jeetzell-Zeitung 4.11.88

Krawalle bei NPD-Versammlung.

Groß Heide. Protest gab es bei der „Bauernprotestversammlung“ der NPD in Groß Heide am Mittwoch, dem 2. November. Versammlungsleiter Heino Förster vom NPD-Kreisverband Lüneburg/Lüchow-Dannenberg hatte die Veranstaltung gegen 20 Uhr gerade eröffnet, als plötzlich etwa zehn Personen, mit Fudelmützen getarnt, in den Saal der Gaststätte Schulz stürmten und unter dem Ausruf: „Diese NPD-Versammlung paßt uns nicht, wir hatten schon einmal eine Reichskristallnacht!“ mit Bierflaschen und Tüten, gefüllt mit einer weißen Flüssigkeit, um sich warfen. Beißen der Geruch und ein Handgemenge waren die Folge, die Versammlung mußte für rund eine halbe

Stunde unterbrochen werden. In der Gaststätte Schulz kam es zu erheblichen Schäden, deren Höhe vom Wirt noch nicht genau beziffert werden konnte.

Unschuldiges Opfer wurde auch ein Besucher der Gaststätte – übrigens kein Teilnehmer der NPD-Veranstaltung – dessen Pkw demoliert wurde; die hintere linke Scheibe des vor dem Gebäude geparkten Wagens wurde eingeschlagen.

Polizeibeamte wurden gerufen, und die hatten ausreichend zu tun, denn einer der Demonstranten mußte von ihnen geschützt werden, weil Versammlungsteilnehmer selbst für Ruhe und Ordnung sorgen wollten. Die Ermittlungen der Beamten dauern an.

-2-

Die JN versuchten zu erwartenden Protest durch die späte öffentliche Ankündigung am Tag der Veranstaltung zu vermeiden. Die Rechnung ging nicht auf, aus verschiedenen Orten Niedersachsens angereiste Neonazis zogen ab als auch nach einer Stunde Verspätung die Versammlung noch nicht angefangen hatte.



Junge Nationaldemokraten
laden ein zur öffentlichen Veranstaltung
heute, Samstag, um 14.30 Uhr
im Vortragssaal An der Münze
Es spricht der NPD-Landesvorsitzende
von Schleswig-Holstein, Uwe Schäfer.



JN-LV Niedersachsen,
Pf. 1864, 2120 Lüneburg

Da der Rat der Stadt bereits früher beschlossen hatte Neonazis in Lüneburg keine öffentlichen Räume zur Verfügung zu stellen, die Verwaltung es aber es den Antifaschisten überließ diesen Ratsbeschuß zu verwirklichen, ja sogar die geplante JN-Veranstaltung geheim hielt, folgte eine Debatte im Rat sowie viele Leserbriefe bzw. Anzeigen in der Landeszeitung.

Ratsdebatte um „geplatze“ Veranstaltung der NPD-Jugend

Publicity für eine Minderheit ?

nc Lüneburg. Der Wirbel um eine letztlich geplatze öffentliche Veranstaltung der Jungen Nationaldemokraten (JN) im Vortragssaal An der Münze am 3. Dezember hatte jetzt ein Nachspiel im Rat. In einer ausführlichen, engagierten Debatte zu den Gefahren durch rechtsextremistische Gruppierungen ging es insbesondere darum, ob die Verwaltung der Nachwuchsorganisation der NPD die Nutzung des städtischen Raumes nicht besser verweigert hätte.

An der Münze protestierten Lüneburger am 3. Dezember gegen die Veranstaltung mit dem schleswig-holsteinischen NPD-Landesvorsitzenden Schäfer, die dann nicht mehr stattfand. In einer Anfrage für seine Fraktion wollte der SPD-Beigeordnete Harald-Jürgen Firus wissen, weshalb sich der zuständige Dezernent bei seiner Entscheidung nicht an die Resolution des Rates vom Februar 1985 hielt. Darin heißt es, daß Veranstaltungen der NPD in Lüneburg unerwünscht sind. Diese Haltung besteht weiter, wie die Debatte deutlich machte. Stadtrechtsrat Michael Webersinn verwies darauf, daß die NPD und ihre Jugendorganisation Anspruch auf die Nut-

zung öffentlicher Räume haben, solange sie nicht als verfassungswidrig gelten. „An dieser eindeutigen Rechtslage ändert auch die Ratsresolution nichts.“

Firus blieb dabei, die Veranstaltung hätte von vornherein verhindert werden müssen: „Die NPD ist die führende Partei des Rechtsextremismus und produziert sich 50 Jahre nach der Reichspogromnacht in Lüneburg.“ Bürgermeister Wolfgang Hartwig (FDP) gab zu bedenken: „Wer besorgt denn hier das Geschäft einer extremistischen Minderheit?“, die auf diese Weise im Rat ein Tableau für Publicität erhalte. Die Verwaltung habe nach Recht und Gesetz gehandelt. „Die braune Pest darf nicht Fuß fassen“, meinte Hartwig, „aber kämpfen wir politisch dagegen, nicht mit Rechtsbrüchen.“ Dem schloß sich CDU-Fraktionsvorsitzender Delf Keßler an. Und Dr. Martin Schimmel-pennig (CDU) meinte, mit einem Verbot hätte Gefahr bestanden, daß die Nationaldemokraten „vor dem Verwaltungsgericht noch Recht und Publicity bekommen“.

Dirk Hansen (FDP) warnte vor zunehmendem Rechtsextremismus: „Das ist ein absolut aktuelles Thema.“ Die Bürger ängstigten

sich vor Gruppen in schwarzer Kleidung und Springerstiefeln: „Die Freiheit stirbt zentimeterweise.“ Die Verwaltung hätte das rechtliche Risiko eingehen, die Räume mit dem Argument „Gefahrenabwehr“ verweigern sollen. Dieselbe Auffassung vertrat Dr. Gerhard Scharf (CDU). Er erwähnte die Verfassungsschutz-Berichte von Bund und Land, nach denen sich Schüler bedroht fühlten von Jugendlichen, die in schwarzer Kleidung aufträten. SPD-Fraktionschef Ulrich Mäde verwies auf Zwischenfälle mit bewaffneten Skinheads in Lüneburg. Hans-Hermann Rieckmann (Grüne) sprach sich dafür aus, daß die NPD künftig keinen Raum bekommt und an den Lüneburger Gebäuden, die im Nationalsozialismus eine besondere Rolle spielten, Gedenktafeln anzubringen. Daß die Rechtsextremisten Zulauf bekämen, liege auch an einer mangelhaften Jugendarbeit. Hier sei der Rat gefordert. Oberstadtdirektor Reiner Faulhaber bezeichnete es als unfair, die Verwaltung zum Verlassen der gültigen Rechtsposition aufzufordern. „Mit einem Verbot hätten wir viel Lob ernten können, aber die Verwaltung ist ans Gesetz gebunden.“

TeilnehmerInnen der antifaschistischen Aktion gegen die geplante JN-Versammlung vom 3. Dezember 1988 - Abschlußplenum -

An
den Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg
den Oberstadtdirektor
die Fraktionsvorsitzenden der im Rat vertretenen Parteien
- nachrichtlich an den DGB und seine Einzelgewerkschaften -

Am Samstag, den 3. Dezember 1988, kündigte die Jugendorganisation der NPD, "Junge Nationaldemokraten", in der Landeszeitung eine öffentliche Versammlung im städtischen Vortragssaal an der Münze an. Hauptreferent sollte der Landesvorsitzende der NPD Schleswig-Holstein sein.

Das Bekanntwerden dieser Veranstaltung löste bei zahlreichen AntifaschistInnen Empörung aus. Aufgrund der Protestaktion der vielen vor der Münze versammelten DemonstrantInnen, die viel Zuspruch von Passanten erhielten, konnte die JN ihre Veranstaltung nicht durchführen.

Wir sind empört darüber, daß die Stadtverwaltung der NPD-Jugendorganisation die städtischen Räume an der Münze zur Verfügung gestellt hat! Wie war das möglich, wo es doch mehrere Ratsbeschlüsse gibt, in denen es u.a. heißt, daß politische Veranstaltungen der NPD in Lüneburg unerwünscht sind (Ratsbeschuß vom 12.02.86)? Die Raumvergabe an die NPD-Jugendorganisation widerspricht diesem Beschuß, wie auch der politischen Intention der übrigen Ratsbeschlüsse gegen neofaschistische Aktivitäten.

Die Vertreter der Polizeileitung und der Stadtverwaltung behaupteten zu Beginn der antifaschistischen Protestaktion, eine städtische Raumvergabe an die NPD-Jugendorganisation stehe nicht im Widerspruch zu bestehenden Ratsbeschlüssen! Sie beriefen sich auf „unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten“. Andererseits wurde die JN-Versammlung durch einen Vertreter der Stadt dann doch noch aufgelöst. Offensichtlich bedarf es einer unmißverständlichen Regelung durch den Rat der Stadt Lüneburg, die jegliche politische Betätigung aller faschistischen Organisationen und Gruppierungen, insbesondere in städtischen Räumen, untersagt. Diese Regelung muß für die Verwaltung dann auch bindend sein.

Eine Ratsbeschuß gegen jegliche faschistische Umtriebe in Lüneburg ist umso dringlicher, da die Aktivitäten und kriminellen Handlungen der Lüneburger Neofaschisten besognisierend zunehmen. Hierzu einige Beispiele der letzten Wochen, die dem Rat und der Stadtverwaltung doch nicht entgangen sein können:

- die am 17. Oktober geplante Veranstaltung der NPD mit dem Chefredakteur der "Deutschen Stimme", die durch eine antifaschistische Gegenaktion verhindert werden konnte; dabei wurde die enge Zusammenarbeit von NPD und Skinheads offenkundig, die vom knüppelbewaffneten NPD-Vorsitzenden Förster als Prügeltruppe mobilisiert wurden,
- der bewaffnete Zusammenstoß von Skinheads mit Polizisten in der Katzenstraße im November,
- das unerträgliche provokative Auftreten von Skinheads und anderen Neonazis bei antifaschistischen Veranstaltungen, u.a. der SPD, anläßlich des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht,
- der am 3. Dezember schon zum zweiten Mal durchgeführte (und von der Stadt wohl genehmigte) Informationsstand von NPD/JN in der Fußgängerzone.

Eine weitere Verstärkung dieser Politik ist abzusehen; durch die Kandidatur zu den EG-Wahlen wollen sie erklärtermaßen ihre faschistischen Ziele weiter verbreiten, d.h.:

- rassistische Hetze gegen Ausländer, Asylanten, Minderheiten (z.B. Aids-Infizierte)
- Zerschlagung der Gewerkschaften
- revanchistischer Anspruch auf „Großdeutschland“
- Anstreben einer faschistischen Neuordnung Gesamt-Europas unter deutscher Vorherrschaft.

Wir können nicht hinnehmen, daß in Lüneburg Betätigungsfelder für Gruppen mit derartigen Auffassungen behördlich geduldet und geschaffen werden. Eine Reihe von Gemeinderäten und Stadtverwaltungen, haben in der letzten Zeit Anstrengungen für ein Verbot faschistischer Organisationen oder zumindest gegen öffentliche Raumvergabe u.ä. unternommen. (Beispiel Essen, Gütersloh, Oberhausen, Bielefeld, Augsburg, Freiburg, Mannheim u.a.) Wir fordern vom Rat der Stadt Lüneburg ebenso die konsequente Anwendung des Art. 139 GG durch einen Ratsbeschuß, der folgendes beinhaltet:

Keine Vergabe von städtischen Räumen und öffentlichen Plätzen an faschistische Gruppen und Organisationen

Auflösung sämtlicher Veranstaltungen, Versammlungen etc. in anderen Räumen

Keine Genehmigung für Info-Stände, öffentliche Werbeflächen oder sonstige Propagandamöglichkeiten

Keine Wahlzulassung faschistischer Parteien.

Wir fordern die Vertreter von Rat und Verwaltung sowie die im Rat vertretenen Fraktionen auf, in diesem Sinne tätig zu werden.

NPD · KV Lüneburg · Postfach 1871 · 2120 Lüneburg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hartwig, anlässlich der letzten Ratssitzung sprachen Sie im Zusammenhang mit uns Nationaldemokraten von einer „braunen Pest“, die sich nicht in Lüneburg festsetzen dürfe.

Die Mitglieder der NPD und die wachsende Anzahl von Mitbürgern, die wir vertreten, lassen sich weder von Ihnen noch von anderen politischen Gegnern widerstandslos beleidigen.

Das von Ihnen gelebte traurige Beispiel zeigt, wie man — bei aller Gegensätzlichkeit politischer Standorte — eben nicht miteinander umgehen sollte. Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, auch Andersdenkenden, zeigt sich Unverständnis für solche verbalen Tiefschläge. Sie persönlich haben vielleicht einige wenige Freunde gewonnen, aber sicher auch viele Sympathien innerhalb der Bevölkerung eingebüßt. Abschließend fordern wir Sie hiermit auf, sich öffentlich zu entschuldigen.

Mit freundlichem Gruß

Helno Förster

NPD-Kreisvorsitzender

Malte Holzer

NPD-Kreisgeschäftsführer

PS: Für diesen Brief nehmen wir selbstverständlich die Öffentlichkeit in Anspruch.

Spendenkonto: KSK Lüneburg, Kto.-Nr. 10 000 578

5/1189 „Neonazis“

... in der der „liberale“ Bürgermeister der Stadt Lüneburg, Herr Hartwig, im Zusammenhang mit einer Veranstaltung der Jungen Nationaldemokraten von „brauner Pest“ redet (LZ vom 20. 12.), halte ich es für notwendig, einige Dinge klarzustellen. Wer den politischen Gegner mit derartigen Verleumdungen in der Öffentlichkeit diffamiert, stellt sich selber ein Armutszeugnis in punkto demokratischen Gegeneinanders aus. Wenn aber diese Person darüber hinaus noch die so wichtige Funktion des Bürgermeisters bekleidet, wirft dies die Frage auf, ob dieser Mann überhaupt die politische wie moralische Reife zur gerechten Ausübung dieses Amtes mitbringt. Wer Polemik anstelle von sachgerechter Argumentation anführt, wer dem Andersdenkenden rechtsstaatlich verbriebe Grundrechte abspenstig machen will, verdient weder politischen noch persönlichen Respekt.

Malte Holzer,
NPD-Kreisgeschäftsführer,
Finkenweg 6,
2124 Amelinghausen

19.12.88 Neonazis

... ist es noch keine fünf Wochen, nachdem wir der Opfer der nationalsozialistischen Greuel in der sogenannten „Reichskristallnacht“ von 1938 gedacht haben, in Lüneburg wieder möglich, daß den „Jungen Nationaldemokraten“ für eine öffentliche Versammlung Räume der Stadt zur Verfügung gestellt werden. 55 Jahre nach der Machtübernahme durch die Faschisten und nur 43 Jahre nach dem schrecklichen Krieg, den diese Mörder initiiert haben, werden neue Faschisten in Lüneburg wieder von der Polizei geschützt. Besonders erschreckend war es, zu sehen, daß es in der Mehrzahl ganz junge Menschen waren, die dem Neofaschismus anhängen. Hier wird mehr als deutlich, wie wenig es gelungen ist, unsere jüngste Geschichte aufzuarbeiten, daran zu arbeiten, daß sich so etwas nie wiederholen darf. Verdrängen, vergessen als „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte abtun, das war bis jetzt die Form der bundesdeutschen Vergangenheitsbewältigung, eine Form, die es nicht mehr geben darf. Geschichte ist nicht etwas, was schlicht vergangen und damit unwiederholbar zu Ende ist, Geschichte ist etwas Fließendes, aus dem sich unsere Gegenwart entwickelt hat und unsere Zukunft gestalten wird. Dieses deutlich und verstehbar zu machen, darin liegt unsere Verantwortung, zu der alle aufgerufen sind, die am demokratischen Prozeß mitwirken.

Gisela Wellmann
Kirchring Nr. 6
2121 Thomasburg

Neonazis

... ist es ohne jeden Zweifel bedauerlich, daß ein kleiner Teil von jungen Menschen in Lüneburg den menschenverachtenden Ideologien des Nationalsozialismus öffentlich naheheuert. Dennoch ist es im Interesse unserer „streitbaren Demokratie“, wenn derartige Veranstaltungen nicht heimlich oder nach einem vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochenen Verbot der NPD, in der Illegalität stattfinden. Die rechtsstaatlichen Zugriffsmöglichkeiten wären dadurch erheblich eingeschränkt und einer breiten Öffentlichkeit blieben die antidemokratischen Machenschaften dieser radikalen Minderheit verborgen. Gleiches gilt auch für die verfassungsfeindliche DKP, deren politische Aktivitäten in Lüneburg anscheinend weniger kritisch zur Kenntnis genommen werden.

Albert Alten jr.
Vögelskamp 8
2123 Bardowick

5.1.89

...macht die Diskussion im Stadtrat, inwieweit die Stadt der NPD öffentliche Räume zur Verfügung stellen sollte, deutlich, daß bereits wenige Jahrzehnte nach dem faschistischen Terror abermals faschistische Organisationen polizeilichen Schutz für sich beanspruchen können, weil sie nicht als verfassungswidrig gelten. Heute müssen Antifaschisten in Lüneburg mit ansehen, wie eine Horde bewaffneter Skinheads unter Leitung des NPD-Kreisvorsitzenden als Saalschutz fungieren und sich dabei auf das Versammlungsrecht berufen können. Schon heute sind viele Menschen aus Angst vor Repressalien durch faschistische Skinheads nicht mehr bereit, sich öffentlich gegen den Neofaschismus auszusprechen.

Gegen diese Organisation müssen endlich politische Maßnahmen ergriffen werden, um ihnen sowohl die Möglichkeit der öffentlichen Darstellung als auch die erheblichen finanziellen Zuwendungen zu entziehen, die sie unter anderem aus Wahlkampfkostenrückerstattungen in hohem Maße einnehmen.

Heinrich-Günther Hanken,
Kirchring Nr. 6,
2121 Thomasburg

14.1.89

NPD „In dieser Zeit...“ NPD

...in der mit völlig unhaltbaren Verleumdungen gegen die Nationaldemokraten Front gemacht werden soll, ist es erforderlich, einige Vorfälle ins rechte Licht zu rücken.

Herr Hanken behauptet u. a. (LZ v. 5. 1. 1989), daß ich als Anführer einer „Horde bewaffneter Skinheads“ den Saalschutz einer NPD-Versammlung gestellt habe. Hierzu ist anzumerken, daß 1. die Jugendlichen nicht bewaffnet waren, 2. der Räumung des Saales Gewalttätigkeiten seitens der Gegendemonstranten vorausgegangen waren. Diese bestanden im einzelnen aus Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, versuchter Brandstiftung im Saal, Beleidigungen und tätlichen Angriffen auf Versammlungsteilnehmer. Der Versuch, die NPD mit dem totalitären NS-Regime in Verbindung zu bringen, ist in seiner Einfältigkeit kaum zu überbieten. Darüber hinaus sollte sich Herr Hanken einmal überlegen, was es eigentlich heißt und was es in Anbetracht unserer heutigen Kenntnisse bedeutet, jemanden als „Faschist“ zu beschimpfen. Wer die geistige Auseinandersetzung scheut, sich der Methoden des Straßenterrors bedient, der hat in unseren Augen keine Veranlassung, sich auf die Rechte zu berufen, die er anderen vorenthalten will.

Kreisverband Lüneburg

Helno Förster
Kreisvorsitzender

NPD

Postfach 18 71
2120 Lüneburg

Spendenk. KSK Lbg. 10 000 578

NPD

21.1.89

Erwiderung zur NPD-Anzeige

(LZ vom 14./15. Januar 1989)

Die Darstellungen des NPD-Kreisverbandes machen es aus meiner Sicht erforderlich, dem Neofaschismus in der BRD erneut publizistische Aufmerksamkeit zukommenzulassen, die er nicht verdient hat.

1. An meiner Aussage, daß eine Horde mit Schlagstöcken bewaffneter Skinheads unter Leitung des NPD-Kreisvorsitzenden als Saalschutz fungierten, halte ich fest. Einige Schlagstöcke konnten von der Polizei konfisziert werden. Diese Aussage kann von mehreren Personen bezeugt werden.
2. Die in der jüngsten Vergangenheit vermehrt auftretenden Auseinandersetzungen bei öffentlichen NPD-Veranstaltungen machen deutlich, daß von derartigen NPD-Veranstaltungen zunehmend die öffentliche Ordnung beeinträchtigt wird. Die Aussage, ich würde mich der Methoden des Straßenterrors bedienen, werte ich als persönliche Verleumdung und behalte mir strafrechtliche Schritte dagegen vor.
3. Die Einordnung der NPD als neofaschistische Partei muß man zum einen im Zusammenhang mit ihrer Mitgliederstruktur und ihren parteipolitischen Verflechtungen mit anderen neofaschistischen Organisationen, wie z. B. FAP u. DVU u. a., und zum anderen im Zusammenhang mit dem Schriftgut und ihren Aussagen sehen. Hier wird dann die Bezugnahme auf rassistische Positionen, die Feindseligkeit gegenüber Demokratie und die Beseitigung des humanistischen Grundsatzes der Gleichheit aller Menschen in seinen wirklichen Konsequenzen deutlich. Ein Beleg für den aufkeimenden Neofaschismus finden die Bürger derzeit in ihren Postkästen vor. Mit 28 Millionen Postwurfsendungen wirbt die DVU mit gegen Ausländer gerichteten rechtsradikalen Aussagen für ihre Politik. Dabei handelt es sich erst um den Wahlkampfauftakt der DVU, die sich mit der NPD zusammengetan hat. Deren Vors. Mußgang kandidiert auf Platz 3 der DVU-Europawahlkampfliste.

Helnz Hanken, 2121 Thomasburg

Seitdem die NPD ihr Landesbüro nach Lüneburg verlegt hat, sind hier verstärkte Aktivitäten im organisatorischen Bereich festzustellen.

unden.



NIEDERSACHSEN SPIEGEL

erscheint zur Monatsmitte

Herausgeber:

NPD-Landesverband Niedersachsen
Postfach 2303, 2120 Lüneburg
Fernruf: (04131) Q 37326 + 37391

Schriftleitung:

Horst Nolte (v.i.S.d.P.)

Konto:

NPD-LV Niedersachsen, Lüneburg
PGA Hannover Kto. 32836-304

Druck: Eigendruck

Selbstkostenpreis: -,50 DM, im
Jahresbezug einschl. Zustellgebühr
12,- DM. Alle Mitarbeit erfolgt
ehrenamtlich. Anzeigenpreise nach
Vereinbarung.

Wir sind

**heimatverbunden, volksbewußt,
verfassungstreu, friedenswillig,
umweltbewußt, lebensbejahend.**

Referent

nh Lüneburg. Der Lüneburger
Wolfgang Nolte (25), ist vom
NPD-Landesvorsitzenden Dr.
Heinz Schimmerohn in den Lan-
desvorstand berufen worden. Dort
nimmt er die Belange eines Abtei-
lungsreferenten wahr.

88.1.21 27

Geschäftsführer

lz Lüneburg. Malte Holzer (23)
aus Amelinghausen ist zum Ge-
schäftsführer des Lüneburger
NPD-Kreisverbandes gewählt
worden. Der gelernte Großhan-
delskaufmann ist seit sechs Jahren
in der Lüneburger NPD aktiv.

88.7.14
27

Förster bleibt Vorsitzender

nh Lüneburg. Die Jahresver-
sammlung des Kreisverbandes
Lüneburg der NPD wählte einen
neuen Vorstand. Als Kreisvorsit-
zender wurde Heino Förster (60)
bestätigt. Stellvertretende Kreis-
vorsitzende wurden Malte Holzer
(22), Lothar Ponge (45) und Wolf-
gang Nolte (25), letzterer zugleich
Kreisgeschäftsführer. Als neuer
Schatzmeister trat Oliver Bött-
cher (23) in den Vorstand ein.
Kraft Amtes gehört auch Horst
Nolte (56), Landesgeschäftsfüh-
rer, dem neuen Vorstand an. Als
Gastredner des Landesverbandes
sprach Waldemar Maier, Göttin-
gen.

88.2.52 27



aus: NPD „Niedersachsen - Spiegel“ Sept. 88

Neuer Ortsbereich

Ihren selbständigen Ortsbe-
reich gründete die Lünebur-
ger NPD in Bleckede. Nach-
dem im Raum Bleckede/Dah-
lenburg die sätzungsgemäß
vorgeschriebene Zahl an
NPD-Mitgliedern erreicht
wurde, zögerte der Kreisver-
band nicht lange und lud zur
Gründungsversammlung
nach Karze, Gasthaus Wol-
ters, ein. Über 40 Teilnehmer
nahmen an der Veranstaltung
teil. Der Lüneburger Kreis-
geschäftsführer Malte Holzer
führte die Wahlen. Es wurde
ein dreiköpfiger Vorstand

unter dem Vorsitz von Lothar
Ponge, Kaufmann aus Karze,
gewählt.

Als Gastreferenten begrü-
ßte der Kreisvorsitzende
Heino Förster den stellv.
Landesvorsitzenden von Nie-
dersachsen, Klaus Hoffmann,
Uelzen. In seiner beherzten
Rede prangerte Hoffmann die
von immer mehr Skandalen
begleitete Politik der Eta-
blierten an. Die Wahlergeb-
nisse zeigen überdeutlich den
schnellen Aufstieg der nation-
alen Rechten.

Noch in diesem Jahr wird
in Amlinghausen, so Förster,
ein weiterer Ortsverband ge-
gründet.

WoSi

DEUTSCHLAND Lust am Untergang

Asylantenflut, Integration von Ausländern, Abtreibung, Wohlstand und Größenwahn, Toleranz und Diskussion, Humanität - duselei, Arm und Reich - kurz Bundesrepublik. Man könnte hier noch eine Vielzahl von Begriffen einsetzen, jedoch würde alles auf ein und dasselbe hinaus laufen, den Untergang dieses Volkes! Das hört sich jetzt sicherlich nach großen Worten an, spiegelt aber die Realität. Die Politiker in Westdeutschland sind eine um die Bevölkerung buhlende Masse, die sich die Macht in den Parlamenten sichern wollen. Die vor Moral triefenden Massenmedien sowie die Kirche lassen keine Opposition zu, sondern ersticken diese im Keim. Die Umerziehung hat die Menschen in diesem Land blind vor Wahrheiten gemacht und ihnen einen Schleier auferlegt, der sie nur unklar sehen läßt. Der Bürger wurde mit Konsumgütern überhäuft, was sich Wohlstand nennt, und sein oberstes Gebot lautet Sicherung der eigenen Zukunft. Das Individuum steht über allem, gemeinschaftliche Interessen zählen nicht mehr. In den vier Jahrzehnten nach dem Krieg hat die Westdeutsche Bevölkerung das Nachdenken über politische Zusammenhänge verlernt, und bezieht seine Informationen aus irgendwelchen Klatschblättern, die Millionenaufträge erreichen. Zaghaft wird die Stimme nur dann erhoben, wenn es an die eigene Geldbörse geht, jedoch gibt man sich mit dem Gedanken zufrieden, daß es so wohl sein muß. Der ach so mündige Bürger dieser Republik läßt mit sich geschehen wie eine Herde von Schafen. Die Wirtschaft floriert, wenn auch nicht so wie in den sechziger Jahren, und die Republik hat sich einen hohen Lebensstandard erarbeitet. Es gäbe also keinen Grund sich aufzuregen?

Das es in diesem Land nicht mit rechten Dingen zugeht und daß unsere Demokratie eigentlich keine ist sondern vielmehr ein Ablatsch, jenes ließe sich an vielen Beispielen verdeutlichen. Begriffe wie Volksentscheidung und 5%-Hürde sollen hier stellvertretend für viele andere Möglichkeiten stehen.

Wie nun sieht es also aus in dem Land, wo für viele Erdenbürger der Honig fließt? Beginnen wir mit den deutschen Interessen, den eigenen! Daß Deutschland nicht an der Elbe endet, haben die meisten Bürger schon vergessen und daß Polen zu großen Teilen deutsch ist, wird in der Schule als Lüge gelehrt. Gezielt haben es die Politiker verstanden die Lösung der Deutschen Frage zu vertagen, und haben ihren Schwerpunkt auf die menschlichen Beziehungen gelegt. Wir sind das einzige Land auf der Erde, welches Grund und Boden verschenkt. Das hiesige Volk leidet unter der kontinuierlichen Umerziehung sowie unter dem Schuldkomplex das böse Land zu sein. Begriffe wie Nation oder Gemeinschaftssinn lassen nicht nur die Grünen an die Decke hupfen. Einige schlaue Köpfe würden sofort verlauten lassen, daß die Deutschen noch immer nicht aus ihrer Geschichte gelernt hätten. Deutsche Politik heißt heute nichts anderes als Soziales zu predigen. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß diese Bevölkerung sich über die Aussiedler beklagt, die sich jedoch immer zum Deutschtum bekannt haben und sie zu unerwünschten Personen degradiert. Hat diese Republik Angst vor Kultur und Geschichte die ihrer eigenen entspricht? Ist es die Angst vielleicht "echten" Deutschen ins Gesicht sehen zu müssen? Nun denn, Millionen von Ausländern bevölkern dieses Land, täglich kommen neue Scheinasylanten, aber Deutsche sollen draußen bleiben! Allein an diesem Beispiel zeigt sich schon, daß sich unser Volk selbst vernichten wird. Liegt nicht schon lange die Geburten unterhalb der Sterberate (seit 1972)? Werden nicht jährlich rund 200 000 Kinder im Mutterleib getötet? Am ende dieser Entwicklung wird der Volkstod stehen.

jedoch will jenes keiner wahrnehmen. Stattdessen wird die sinkende deutsche Bevölkerungszahl durch Ausländer kompensiert, um so bei 60 Millionen Einwohnern zu bleiben. Der Aussiedler, Deutscher, ist ein Schmarotzer, der Asylant oder Ausländer ist ein Heiligtum, der unantastbar ist. Die Humanitätsgeliebtheit der Gewerkschaften und Kirchen hat der Bevölkerung ein Bild vom armen zu unterstützenden Ausländer gegeben, welches vehement verteidigt wird. Daß diese Ausländer uns aber überbevölkern, uns zur Minderheit werden lassen, hiervon ist nicht die Rede. Die Zukunft unseres Landes sieht aber noch weit aus gefährlicher in den kommenden Jahren aus. Bis zum Jahr 2000 wird die Bevölkerung der Türkei von 54 Millionen auf mindestens 65 Millionen ansteigen. Wir Deutschen hingegen können in den nächsten Jahren nicht einmal mehr die Sollstärke unserer Bundesstaaten halten! Damit ist die Verteidigung unseres Landes Aufgabe von anderen Mitgliedsstaaten der Nato. Die Bundesanstalt für Arbeit sagt für diese Zeit rund 8 Millionen arbeitslose Türken voraus (in der Türkei). Da diese freilich nicht in ihrem Land bleiben wollen oder werden, wird die BRD erneut fremdländischen Zuwachs erhalten und diesmal sogar rechtens. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann Artikel 12 des Assoziationsabkommens in Kraft tritt, und dann Gnade uns Gott!

Aber auch wenn diese Flut nicht kommen sollte, die der Türken, die Dritte Welt bietet ein fast unerschöpfliches Reservoir, welches nicht ewig dem Volk der Rentner zusehen wird, wie es sich mestet und ausstirbt. Utopie ist dies alles nicht, denn die Vergangenheitsbewältigung macht es möglich! Wie groß bei uns der Bevölkerungsanteil von Befürwortern für die Überfremdung ist, läßt sich nicht sagen, jedoch wird diese Klientel an Zahl nicht gerade gering sein. Ohne Zweifel besteht ein Handlungsbedarf, jedoch scheut sich ein jeder die Verantwortung für das Notwendige zu übernehmen. Schon in ein paar Jahren werden Ausländer in deutschen Parlamenten sitzen und dann wird unsere Handlungsfreiheit nicht mehr gegeben sein. Die Deutsche Frage löst sich somit von selbst!

Nach 40 Jahren diskutieren, tolerieren und hinnehmen ist Westdeutschland an die Schwelle des Untergangs getreten. Es wird zugelassen, das Gewaltverbrecher hoffähig sind, deutsche Interessen mit Füßen getreten werden, wir im eigenen Land aussterben, fremde Mächte über uns bestimmen aber keiner tritt dagegen an. Dieses Volk muß wachgerüttelt werden, denn die Zeit läuft nicht für das nationale Anliegen, sondern mit hoher Geschwindigkeit dagegen. Mit dem europäischen Binnenmarkt fallen nicht nur die Grenzen, sondern auch Deutschland. Warum sollen wir unseren Wohlstand mit anderen teilen? Haben wir nicht selbst für denselben gesorgt? Dieses Land steht kurz vor der Selbstaufgabe, und es gibt nur wenige, die jenes erkannt haben. Wenn wir nicht in den Abgrund marschieren wollen, so müssen wir Tag für Tag gegen die Medicinmacht agieren. Nur hierin besteht eine kleine Chance, ansonsten können die Aufrechten, die Verfechter des Abendlandes, ausreisen, denn sie werden politisch verfolgt sein. Gejagt von der BRD, der multikulturellen Gesellschaft von Ausländern, Verbrechern, Gewerkschaftern, Sozialisten, Pastoren, kurz von einem assimilierten Haufen, der selbst dem Untergang geweiht ist. Deutschland; Lust am Untergang!

P. Dürrmann

aus NPD „Niedersachsen-Spiegel“, Lüneburg Sept. 88



NIEDERSACHSEN SPIEGEL

Norddeutsche Stimme

Organ des NPD-Landesverbandes
Niedersachsen



NR. 5

11. Jahrg. Sept. 88 - Preis 0,50 DM

Deutschland Eine Frage für Sonntagsredner?

Es kann kaum noch einen Zweifel geben: Führende Politiker aller derzeit im Bundestag vertretenen Parteien haben von der deutschen Einheit längst Abschied genommen. Sie betrachten das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes nur noch als Makulatur. In Bonn verfolgt man ganz andere Ziele. Dort träumt man mehr denn je von der "Westintegration" im Rahmen der EG. Deshalb will man allein bis 1992 weitere 40 - 50 Millionen Mark deutscher Steuergelder opfern, um einen westeuropäischen Bundesstaat anzustreben. Dieser EG-Bundesstaat würde aber nicht nur unsere Finanzkraft erschöpfen, weiterhin Bayern und ganze Industriezweige vernichten, die ohnehin bescheidenen Souveränitätsrechte der Bundesrepublik fast gänzlich aufheben, sondern er würde Verzicht auf die Wiederherstellung Gesamtdeutschlands bedeuten.

Damit wird aber auch klar, worin wir Nationaldemokraten uns grundsätzlich von den Bonner Parteien unterscheiden: Wir wollen mit allen politischen Mitteln die Überwindung des Status-Quo erreichen und setzen uns unverrückbar für die Erreichung des in Grundgesetz vorgegebenen Ziels ein. Wer aber nur noch auf Vertriebenen-

treffen verbale Deutschland-Heuchelei betreibt, anstatt auf den Boden der Realitäten eine operative Deutschlandpolitik mit dem Ziel gesamtdeutscher Einheit zu betreiben, der gibt den Auftrag des Grundgesetzes auf. Nationaldemokraten aber handeln und haben deshalb in den Leitlinien als eine Zwischenstufe den Gedanken einer "Deutschen

Mut heißt, sich als Einzelner ans Kreuz schlagen zu lassen für seine Sache; Mut heißt, im letzten Nervenzucken mit verlöschendem Atem noch den Gedanken zu bekennen, für den man stand und fiel. Zum Teufel mit einer Zeit, die uns den Mut und die Männer nehmen will.

Ernst Jünger

Konföderation" zwischen BRD und DDR erarbeitet. Wenn dieser Gedanke inzwischen national und international mehr und mehr an Boden gewonnen hat, wenn es über vielhundertfache Initiativen für deutsch-deutsche Städtepartnerschaften gelungen ist die deutsche Frage wieder in die Diskussion zu bringen, so ist das eindeutig auch ein Erfolg national-

demokratischer Politik.

Weil im atomaren Zeitalter die Erhaltung des Friedens das oberste Gebot ist, wollen wir die deutsche Einheit und sind nicht bereit, mit der Lösung der deutschen Frage bis zum "St. Nimmerleinstag" verzögert zu werden. Vielmehr ist jetzt eine aktive Deutschlandpolitik das Gebot der Stunde, bei der die deutsche Frage zum Kernpunkte deutscher Außenpolitik gemacht und in die internationale Politik eingebracht werden muß. Wir streben eine neue Phase der Deutschlandpolitik an, die Interessen des Westens und des Ostens berücksichtigt, aber den Interessen des ganzen deutschen Volkes dient.

Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen die trügerische Parole "Freiheit vor Einheit", weil es Freiheit für alle Deutschen in Ost und West nur in einem neuvereinigten deutschen Nationalstaat geben kann.

Deutschland als Ganzes in seinen geschichtlichen Grenzen und als Nationalstaat für das größte europäische Volk das heißt, daß wir nichts beanspruchen, was uns nicht gehört, daß wir aber beanspruchen, was uns gehört, nämlich das ganze Deutschland bis zur Memel mit Stettin und mit Breslau und Königsberg! WH

NATIONALE SOLIDARITÄT - SOZIALE GERECHTIGKEIT

AUSSIEDLER 1988: Nationale Solidarität ist gefragt!

Hunderttausende deutsche Aussiedler aus Rumänien und den derzeit tschechisch, polnisch und sowjetisch besetzten Teilen Ost-Deutschlands sind auf dem Weg in die BR Deutschland. Wenn es sich um "echte" Deutsche, also nicht um "Volkswagen-Deutsche" handelt, haben sie vollsten Anspruch darauf, hier mit offenen Armen empfangen zu werden. Teilweise warteten sie seit Jahrzehnten auf eine Ausreisegenehmigung, um endlich wieder als Deutsche unter Deutschen sein zu können.

Teilweise werden sie aber von den Behörden und auch Teilen der Bevölkerung schlimmer als die (Schein-)Asylananten behandelt. Das ist ungerecht und absolut unfair. Denn diese Leute wissen - im Gegensatz zu den hiesigen Wohlstandsbürgern -, was es heißt, ein Deutscher zu sein. Viele verloren ihren Studienplatz, ihren Arbeitsplatz und ihre Wohnung, nur weil sie eben Deutsche waren und deutsch sprachen!

Sie haben einen Anspruch auf unsere nationale Solidarität! In jedem Bundesland gibt es Übergangslager und Schulen für Aussiedler. Geht hin, sprecht mit ihnen. Sie sind froh, Kontakt zu Leuten zu kriegen, die auch noch EIN HERZ FÜR DEUTSCHLAND haben. Laßt sie nicht allein!

Viele sind schon nach wenigen Wochen vom "goldenen Westen" total enttäuscht, da es hier wenig gibt, worauf man als Deutscher stolz sein könnte. Zeigt den jungen Aussiedlern den Weg in eine deutsche Gemeinschaft, in der Kameradschaft und Einsatz für unser Land noch großgeschrieben werden. Bringt Sie zu den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN)!

Menschenrechte
für alle
Deutschen:
Freiheit
Selbstbestimmung
Wiedervereinigung



NATIONALDEMOKRATEN fordern:

Arbeitsplätze für Deutsche schaffen!

- Durch verstärkten Umweltschutz,
- durch Erhaltung und Wiederherstellung der historischen Substanz unserer Städte und Dörfer,
- durch freiwilligen Jugenddienst im Sozial- und Umweltschutzbereich,
- durch Schaffung eines deutschen Zentrums für Zukunftstechnologien,
- durch wirkungsvolle staatliche Hilfen für unsere Werft- und Stahlindustrie,
- durch energische Vertretung deutscher Interessen in der EG,
- durch Begrenzung des Ausländeranteils nach Schweizer Vorbild.

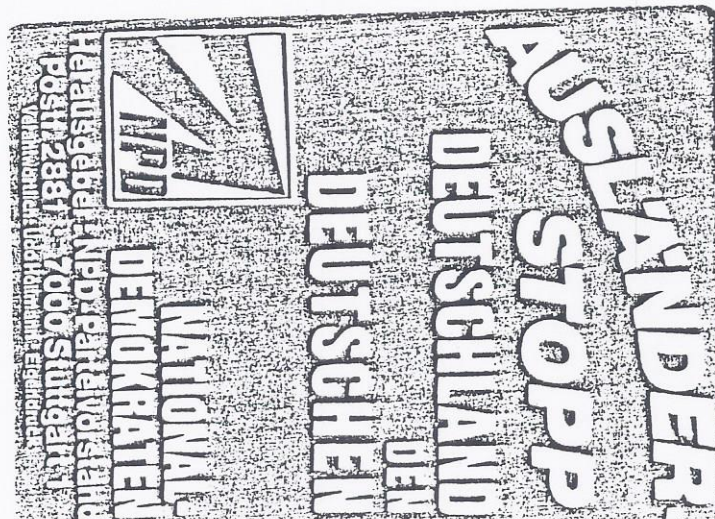
Hilfe für den deutschen Mittelstand!

- Durch bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an deutsche Firmen,
- durch vermehrte Investitionsanreize und Steuererleichterungen für Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen.

Stimmkarte MEINUNGSUMFRAGE

	JA	NEIN
Sind Sie der Meinung, daß es zu viele Ausländer bei uns gibt?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sind Sie dafür, daß die Landesregierung rechtsstaatliche Maßnahmen für einen Ausländerstopp ergreifen soll?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sollen Scheinasylanten und kriminelle Ausländer abgeschoben werden?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sind Sie für Gesundheitskontrollen bei aus gefährdeten Gebieten kommenden Ausländern, z. B. im Hinblick auf Seuchen wie AIDS?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sind Sie dafür, daß Ausländer Wahlrecht bekommen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Deutsche Arbeitnehmer sollen Vorrang vor Ausländern haben. Unterstützen Sie diese Forderung?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Erhebliche Kürzungen der Milliardenzahlungen an das Ausland (z. B. an die EG). Deutsches Geld für deutsche Aufgaben. Sind Sie für diese Forderung?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zutreffendes bitte ankreuzen.		

– Bitte wenden –





Herausgeber: Junge Nationaldemokraten (JN)
 Postfach 1864
 2120 Lüneburg

v.i.s.d.p.:
 M. Witkuhn

Diesen Abschnitt an obenstehende Anschrift senden:
 Ich bitte um Zusendung von Info-Material
 Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden

JN-Landeskongreß in Karze

Karze. Am Sonnabend trafen sich die Jungen Nationaldemokraten (JN) im Landesverband Niedersachsen zu ihrem 19. ordentlichen Landeskongreß in Karze, Gasthaus Wolter. Unter dem Motto «Auf die eigene Kraft vertrauen» eröffnete der JN-Landesvorsitzende, Markus Kirchheim, die Veranstaltung. Markus Kirchheim stellte in seinem Rechenschaftsbericht fest, daß die JN im letzten Jahr sehr erfolgreiche Jugendpolitik durchgeführt habe und daß die Mitgliederzahlen sich um ein vielfaches erhöht haben. Auch die finanzielle Lage sei stabil, so Kirchheim weiter.

Da die Personalwahlen erst für 1989 vorgesehen waren, hörten die Delegierten ein ca. einstündiges Gastreferat vom stellvertr. Kreisvorsitzenden der NPD im Kreisverband Lüneburg, Lothar Ponge, Garze. In seinem Referat umriß Lothar Ponge die Lage der Jugend in Gesamt-Deutschland. Zum Abschluß, als letzter Tagesordnungspunkt, wurden von den Delegierten alle drei Strophen des Deutschland-Liedes gesungen.

Die Jugendorganisation der NPD führte Veranstaltungen im Landkreis Lüneburg durch, zu denen Neonazis aus ganz Niedersachsen anreisen.

JN: Zahl der Mitglieder steigt

in Karze. Die Mitgliederzahlen im Landesverband Niedersachsen der Jungen Nationaldemokraten (JN) haben sich nach Angaben des Landesvorsitzenden Markus Kirchheim im letzten Jahr vervielfacht. Auf dem Landeskongreß der JN im Karzer Gasthaus Wolter sprach außerdem der stellvertretende Lüneburger NPD-Kreisvorsitzende, Lothar Ponge, über die Lage der Jugend in Deutschland.



Junge Nationaldemokraten

Landesaufbaubeauftragter

Bernd Stürmer
Postfach 1925
2000 Hamburg 60
Tel. 040/6781450

Hamburg den 9. Juni. 88

LEDLICH MAL WIEDER !!! LEDLICH MAL WIEDER !!

Am 17. Juni. 1988 findet im nordöstlichen Niedersachsen eine
JN BUNDESAKTION statt !!!

Es werden wieder einige Hundert Kameraden aus dem gesamten Bundes-
gebiet erwartet.

Diese Treffen geht über 2 1/2-Tage. Von Freitag morgen bis Sonntag.

Es werden geboten:

- Verschiedene Aktionen
- Besichtigung der Zonengrenze
- vorgezogene Sonnenwendfeier
- Kundgebung
- Demo
- Kameradschaftsabend
- und vieles mehr !!!

Zur Übernachtung sind Zelte erforderlich, die wir eventuell besorgen
können. Verpflegung wird günstig angeboten.

Fahnen und Transparente können mitgebracht werden.

Bei Interesse meldet euch bitte bei:

Bernd Stürmer oder Maik Dietert
Tel. 040/6781450 Tel. 040/7131951

Die Mitfahrsmöglichkeiten sind begrenzt. Frühes anmelden sichert
Plätze !!!! Wer ein Auto hat sollte mir das bitte mitteilen.

Ich verbleibe mit kameradschaftlichen Gruß

Bernd Stürmer

aus Landeszeitung 5.4.88

Thema Schulpolitik

in Lüneburg. An der Spitze der (Brietlingen) zum Pressereferen-
Jungen Nationaldemokraten (JN). ten. Ziel jeder Schulpolitik müsse
Kreisverband Lüneburg, steht es sein, so Michael Wittkuhn wäh-
weiterhin Michael Wittkuhn. In rend des Treffens, allen jungen
der Jahresversammlung wählen Menschen die Entfaltung ihrer
die Mitglieder Wolfgang Nolte Persönlichkeit zu garantieren. Er
zum stellvertretenden Kreisvor- forderte in seinem Referat den Ab-
sitzenden und Martin Schulze bau von „Lernfabriken“.

Randale mit acht Skinheads

det Lüneburg. Eine Gruppe Skinheads, die sich Sonnabendnacht um 1.30 Uhr in der Katzenstraße zusammengerottet hatte, bedrohte Polizeibeamte mit einer Schusswaffe. Drei der acht konnten festgenommen, die übrigen fünf ermittelt werden.

Nach Angaben der Polizei hinderten die Skins zunächst einen Streifenwagen an der Fahrt durch die Katzenstraße. Im weiteren Verlauf lösten sich vier aus der Gruppe und gingen auf die Beamten zu, die in einiger Entfernung im Auto das weitere Geschehen verfolgten. Ein Skinhead bedrohte die Beamten mit einer Waffe, die Polizisten fuhren daraufhin ein Stück weiter. Dann verließen sie den Streifenwagen, um die Bande dingfest zu machen.

Die Skins flüchteten, die Beamten gaben drei Warnschüsse ab. Nach kurzer Verfolgung konnten drei Täter festgenommen werden. Ein Schreckschussrevolver und ein Schlagstock wurden bei einem der Beteiligten sichergestellt. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß die Skins aus Lüneburg, Oldenburg und Westerstede kommen.

Skinheads traten 1988 in Lüneburg zunehmend provozierend auf. Sie störten am 8.11. unter Führung eines "Wiking-Jugend" Funktionärs eine SPD-Veranstaltung zum Gedenken an die "Reichspogromnacht". Am folgenden Tag störten sie eine Veranstaltung des Stadttheaters im Rathaus durch "Juden raus" - Rufe.

Bei NPD-Veranstaltungen wurden Skins als Ordner eingesetzt.

22 29.11.88
27

22 5.4.88

Skinheads machten in Kneipe Randale

ne Lüneburg. Zwölf Skinheads drangen laut Kripo am späten Sonnabendabend in eine Gaststätte am Sültenweg ein. Der Wirt alarmierte die Polizei. Nach seiner Darstellung versetzten ihm die Skins einen Schlag auf den Kopf, warfen mit Steinen und Eiern um sich, nahmen dabei auch Gäste des Lokals ins Visier. Als die Beamten eintrafen, waren die Täter bereits ver-

schwunden. Am frühen Sonntagmorgen stoppten die Besatzungen mehrerer Streifenwagen am Sande acht Skinheads, stellten ihre Personalien fest. Die Männer gaben an, nach Lübeck zu wollen. Ob sie die Tat in der Gaststätte verübten, steht noch nicht fest, so die Kripo. Der Wirt erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung.

Lützower Jäger in Lüneburg

lz Lüneburg. Im Lüneburger Schützenhaus wurde jetzt im Beisein vom Bundesvorsitzenden der Lützower Jäger, General LJ Albert Schilder, die Kameradschaft Lüneburg in dem Traditionsverband gegründet.

In den Vorstand wurden gewählt: Vorsitzender Adolf Sierig, Stellvertreter Uwe Adolphs, Ausrüstungswart Herbert Johns, Schriftführer Horst Kaphengst, Kassiererin Brigitte Kamentz, Stellvertreter Lothar Ponge sowie Schießwart Karl-Heinz Ebert.

Im Vorstand des militaristischen Traditionsverbandes "Lützower Jäger" findet man auffällig viele NPD Mitglieder und Funktionäre.

Rechtsradikales Propaganda-Material:

Beschlagnahmt

1 hdr Lüneburg/Stuttgart. Bei der Durchsuchung der Wohnung eines mutmaßlichen Rechtsextremisten in Adendorf/Erbstorf ist die Polizei fündig geworden. Wie die LZ gestern erfuhr, wurde rechtsradikales Propaganda-Material sichergestellt.

des jungen Mannes — wie berichtet — im Rahmen einer bundesweiten Aktion, die vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg gesteuert wurde, durchsucht. Ziel der Aktion war „Die Bewegung“, die laut LKA die Arbeit der verbotenen „Aktionsfront Nationale Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) fortgesetzt hat.

„Starke Kräfte“ der Lüneburger Polizei hatten die Wohnung

Seite 3

LZ 4.3.88

Propagandamaterial in rauen Mengen

1 hdr Lüneburg. Im Morgen- Insgesamt waren die Wohnun- grauen, punkt 6 Uhr am Mitt- gen von 83 Beschuldigten in 61 woch, schlugen Beamte der Lü- Ortschaften durchsucht, in Han- neburger Kriminal-, Schutzpoli- nover, München, Duisburg und zei und des Landeskriminalam- Grevenbroich vier Rädelführer tes Stuttgart unerwartet zu. Vier der „Bewegung“ verhaftet wor- Stunden lang durchsuchten sie den.

die Wohnung des mutmaßlichen Rechtsradikalen im Adendorfer Ortsteil Erbstorf. Gleichzeitig durchsuchten Lüneburger Beamte gemeinsam mit LKA-Kollegen zwei Wohnungen in Seevetal (Landkreis Harburg).

Sie fanden rechtsradikales Propaganda-Material in rauen Mengen. So viel, daß sie es in mehreren Plastikmüllsäcken und Umzugskisten abtransportieren mußten. Waffen wurden nicht sichergestellt, auch niemand festgenommen. Das beschlagnahmte Material wurde ans LKA nach Stuttgart geschickt.

Nach Auskunft des Einsatzleiters, Kriminaloberrat Peter Raisch vom Landeskriminalamt Stuttgart, haben mehrere hundert Rechtsradikale unter den Namen „Die Bewegung“ die Arbeit der verbotenen ANS/NA fortgesetzt.

Die Gruppe habe „streng konspirativ“ gearbeitet. Insgesamt seien „zwei Lastwagen voll Beweismaterial“ beschlagnahmt worden, so Ermittler Raisch auf LZ-Anfrage. Die Neonazis hätten „Stützpunkte, Sektionen und Gaue“ in allen Teilen des Bundesgebietes aufgebaut.

88.3.4 27

Lüneburger Zeitung 22.3.88

Anschlag auf Grünen-Büro

...tom Lüneburg. Eine große Scheibe im Büro der Grünen in der Stresemannstraße zerstörten unbekannte Täter in der Nacht zu gestern.

Nach Mitteilung der Polizei waren die Scheibenreste mit Aufklebern einer rechtsorientierten Partei „geziert“, die auf einen politisches Motiv schließen ließen. Gestohlen wurde nichts.

Aufkleber der offen terroristischen FAP fand man u.a. am zerschlagenen Fenster des Büros der Grünen.



**Nur ein
NATIONALER
SOZIALISMUS
sichert unsere
ZUKUNFT**

Freiheitliche DEUTSCHE ARBEITERPARTEI
Postfach 51 03 72, 3000 Hannover 51
V.i.S.d.P.: S. Miller, Stüvestr. 6, 3 Hann. 1

**ZERSCHLAGT
DEN
KOMMUNISMUS**



**FREIHEITLICHE
DEUTSCHE ARBEITERPARTEI (FAP)**
Postfach 510372, 3000 Hannover 51
V.i.S.d.P.: S. Miller, Stüvestr. 6, Hannover

**Gegen: EG-Ausbeutung
Für:
DEUTSCHE
UNABHÄNGIGKEIT**




Freiheitliche DEUTSCHE ARBEITERPARTEI
Postfach 51 03 72, 3000 Hannover 51
V.i.S.d.P.: S. Miller, Stüvestr. 6, Hannover

Schein-Asylanten raus!



FAP Rhein-Westfalen
Postfach 2702
4400 Münster 1

WIR SIND EIN VOLK



DEUTSCHE JUGEND FÜR DEUTSCHE EINHEIT

Freiheitliche DEUTSCHE ARBEITERPARTEI
Postfach 51 03 72, 3000 Hannover 51
V.i.S.d.P.: S. Müller, Stüvestr. 6, 3 Hann. 1

Mit unsern Fahnen ist der Sieg!



Freiheitliche DEUTSCHE ARBEITERPARTEI
Postfach 51 03 72, 3000 Hannover 51
V.i.S.d.P.: S. Müller, Stüvestr. 6, 3 Hann. 1



VORWARTS IM KAMPF FÜR DIE EINHEIT DER NATION

Freiheitliche DEUTSCHE ARBEITERPARTEI
Postfach 51 03 72, 3000 Hannover 51
V.i.S.d.P.: S. Müller, Stüvestr. 6, 3 Hann. 1

Frauen für den




Volkssozialismus!

AF 48 Belefeld 1 - Postf. 6110

NATIONALISTISCHE FRONT

Deutschland ist uns zu wichtig, als dass wir es seinen Feinden überlassen werden.



AF 48 Belefeld 1 - Postf. 6110

NATIONALISTISCHE FRONT

Gibt AIDS keine Chance



Ausländer RAUS!



ROTFRONT

VERRECKE

MEKO

JUDEN

SAU



Schmierereien X

Iz Lüneburg. Unbekannte haben gestern nachmittag zwischen 14 und 17 Uhr im Lüneburger Tiergarten den Gedenkstein für 256 KZ-Häftlinge mit Hakenkreuzen und rechtsradikalen Parolen beschmiert. Das teilte gestern die Polizei mit. Die Täter haben dabei Filzstifte benutzt. Hinweise nimmt die Polizei unter Tel. (0 41 31) 109-300 entgegen.

Lz. 21.4.88



(Kürzungen bei Leserbriefen vorbe)

Entartete Kunst

... hat jemand auf die moderne Plastik „Große Stele“ von Achim Pahle in der Grapengießstraße „entartete Kunst“ geschmiert. Man mag zu dieser Kunst stehen, wie man will. Die Schmiererei weckt aber ungute Erinnerungen. Mit „entarteter Kunst“ fing es an, mit der Vergasung von Menschen in den Konzentrationslagern hörte es noch lange nicht auf. Wehret den neuen Anfängen!

Jürgen Taubert
Heinrich-Heine-Straße 16
2120 Lüneburg.

Lz. 30.3.88

Wir schwören
deshalb vor aller Welt
auf diesem Appell-
platz, an dieser Stätte
des faschistischen
Grauens:

Wir stellen den Kampf
erst ein, wenn auch
der letzte Schuldige
vor den Richtern
der Völker steht!
Die Vernichtung des
Nazismus mit
seinen Wurzeln ist
unsere Losung.
Der Aufbau einer
neuen Welt des
Friedens und der
Freiheit ist unser Ziel.
Das sind wir
unseren gemordeten
Kameraden, ihren
Angehörigen schuldig.

Aus dem Schwur von Buchenwald, 19. April 1945



Bei der Kreisorganisation Lüneburg der VVN -Bund der Antifaschisten
sind bislang folgende Broschüren erschienen:

- " Kein NPD - Parteitag in Lüneburg ! "..... 2.- DM
- " Weg mit dem faschistischen Dreck vom Flohmarkt ! "..... 2.- DM
- " Wer sind die Braunen vom Schützenhaus ? "..... 3.- DM
- " Neofaschismus in Lüneburg 1986 "..... 3.- DM
- " Lüneburger Straßen...nach Wegbereitern des Faschismus benannt" 2.- DM
- " Was will das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg ? "..... 3.- DM
- " Dokumentation zum Ostpreußischen Landesmuseum "..... 3.- DM
- " Neofaschismus in Lüneburg 1987 "..... 4.- DM

Bestellungen sind zu richten an VVN- EdA, Postfach 1711, 2120 Lüneburg